

Erklärungen für die Teilnahme

Der/die Unterfertigte [Vorname Nachname]
geboren in [Stadt] ([Provinz]) am [TT/MM/JJJ]
Steuernummer: [Steuernummer]
in seiner/ihrer Funktion als gesetzlicher Vertreter
[Bezeichnung des Wirtschaftsteilnehmers]
[Steuernummer/Mehrwertsteuernummer]
mit Rechtssitz in der Gemeinde: Straße: Nr.
E-Mail-Adresse (betrieblich):
zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) (betrieblich):

erklärt gemäß Art. 46 und 47 DPR Nr. 445/2000 sowie L.G. Nr. 17/1993 und im Bewusstsein der strafrechtlichen Verantwortung im Falle von unwahren Angaben und der entsprechenden Strafen gemäß Art. 76 des DPR Nr. 445/2000 sowie der administrativen Folgen des Ausschlusses von Wettbewerben gemäß GvD Nr. 50 vom 18. April 2016 und den geltenden einschlägigen Bestimmungen,

- dass der gesetzliche Vertreter, welcher die vorliegende Erklärung unterzeichnet, über die notwendigen Befugnisse verfügt, diese abzugeben.
- dass die obgenannten personenbezogenen Daten und Angaben exakt sind und der Wahrheit entsprechen.
- dass er/sie die allgemeinen Voraussetzungen und die berufliche Eignung laut Art. 80 des GvD Nr. 50/2016 und im Falle Art. 83, Absatz 1, Buchstabe a) des GvD Nr. 50/2016 besitzt.
- dass es sich [um ein/kein] Konsortium handelt: [Die dem Konsortium angehörenden Wirtschaftsteilnehmer samt Steuernummern/Mehrwertsteuernummern angeben].
- dass der Wirtschaftsteilnehmer in [ein/kein] Berufsalbum oder [einer/keiner] Berufskammer eingetragen ist: [Name des Berufsalbum/Berufskammer sowie Eintragsnummer]
- dass der Wirtschaftsteilnehmer [kein/ein] ONLUS ist;
- dass der Wirtschaftsteilnehmer im Dreijahreszeitraum vor der Veröffentlichung der Finanzierungsabsicht gleichwertige Dienstleistungen mit einem Betrag von mindestens Euro 100.000,00 mit max. 1 Vertrag erbracht hat.
- dass er/sie sich im Falle des Zuschlages verpflichtet, die Verpflichtungen des Verhaltenskodex der Vergabestelle einzuhalten bzw. dafür Sorge zu tragen, dass dieselben von den eigenen Mitarbeitern eingehalten werden.
- dass ihm/ihr bekannt ist, dass die Vergabestelle im Hinblick auf die Richtigkeit der Erklärungen von Amts wegen Stichprobenprüfungen vornehmen kann und, dass der Wirtschaftsteilnehmer, sofern festgestellt wird, dass der Inhalt der Erklärungen nicht der Wahrheit entspricht, dies die Vertragsauflösung zur Folge hat.
- dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt erklärt die Pflichten hinsichtlich der Bezahlung der Versicherungsbeiträge im Sinne der geltenden Bestimmungen (Art.2 der Notverordnung Nr. 210/02, die in das Gesetz Nr. 266/02 umgewandelt wurde) zu erfüllen. (bitte ausfüllen):

Unternehmensart: Unternehmen, Freiberufler/in,
Nationaler Kollektivvertrag: Bausektor, Sonstige, nicht baugewerbliche Bereiche [bitte genau angeben],

Unternehmensgröße: [Anzahl der Mitarbeiter]
Im Falle der Eintragung an mehreren Sitzen bitte alle angeben:

INAIL – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],
NISF – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],
NISF – individuelle Beitragsposition des Inhabers/Gesellschafters bei Handwerksbetrieb [],
zuständige Ortsstelle []
Bauarbeiterkasse – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [].

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt [ist/ist nicht] zur

Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr. 68/1999 verpflichtet. [Der Wirtschaftsteilnehmer erklärt, dass er die entsprechende Bestimmung einhält.]

Der/die Unterfertigte erklärt im Sinne des Art. 3 des Ges. Nr. 136 vom 13. August 2010 i g. F., für alle Aufträge, die von dieser Körperschaft erteilt worden sind oder für alle gewährten Finanzierungen von nachstehendem Kontokorrent Gebrauch zu machen:

Bankkontokorrent bei der Bank [Name Bank]

Postleitzahl [], Provinz [], Straße [], Nr. [],

IBAN []

Swift/BIC []

Personen, die ermächtigt sind, Bewegungen auf dem Konto zu veranlassen:

Name [Vollständiger Name], Steuernummer []

Name [Vollständiger Name], Steuernummer []

Der Wirtschaftsteilnehmer ist in Kenntnis, dass die Verletzung der geltenden ethischen Verhaltenspflichten der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt im Bereich der Antikorruption, der

Transparenz und der Rückverfolgbarkeit die Auflösung des Vertrages im Sinne und für die Wirkungen von 1456 ZGB zur Folge hat. Die diesbezüglichen genauen Bestimmungen werden auf der Internetseite <http://www.bzgbga.it> angeführt.

Im Sinne von Art. 53, Abs. 16 ter, des G.v.D. Nr. 165/2001 erklärt der Teilnehmer, dass er mit ehemaligen Bediensteten der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt, welche ihm gegenüber Vertrags- oder Entscheidungsbefugnisse der öffentlichen Verwaltung ausgeübt haben, innerhalb des Dreijahreszeitraumes ab Beendigung des Dienstverhältnisses kein abhängiges oder freiberufliches Vertragsverhältnis abgeschlossen hat und dass er diesen auf alle Fälle keine Aufträge erteilt hat.

Der Auftragnehmer erklärt, in das Informationsschreiben gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (DSGVO), welches unter <http://www.bzgbga.it/de/Verwaltung/Web/Datenschutz> aufgeschlagen ist, Einsicht genommen zu haben und erklärt sich mit der Verarbeitung der Daten einverstanden.

Die auftraggebende Körperschaft informiert den Auftragnehmer darüber, dass Rechtsinhaber der Daten die auftraggebende Körperschaft, mit Sitz in 39012 Meran (BZ), Otto Huber Straße Nr. 13 ist und dass hinsichtlich der mit dem Vertrag verbundenen Obliegenheiten Herr Alois Peter Kröll, in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter pro tempore als “Verantwortlicher” für die Verarbeitung zeichnet.

[Ort Unterschrift], am [TT/MM/JJJJ]

Digitale Unterschrift*

* Unterschrift für Wirtschaftsteilnehmer mit Sitz im Ausland:

- EU-Länder: im Teilnehmerantrag, welcher von Wirtschaftsteilnehmern mit Sitz in einem EU-Staat erstellt wurde, muss die „fortgeschrittenen elektronische Signatur“ aufscheinen, welche von dazu berechtigten Zertifizierungsdiensteanbietern des Herkunftslandes gemäß Richtlinie Nr. 1999/93/EG ausgestellt ist;

- Nicht EU-Länder: der Teilnehmerantrag wird mit handschriftlicher Unterschrift versehen, eingescannt und im System zusammen mit einer Kopie eines gültigen Personalausweises laut Art. 38, Abs. 3 DPR Nr. 445/2000 hinzugefügt.